

Übersichten

Februar 2000

Außenpolitik

1 Außenpolitik der VBA

Auch 1999 war die VBA auf dem Gebiet der „Außenpolitik“ überaus aktiv, indem sie 33 Delegationen in „über 50 Länder“ entsandte, und, in umgekehrter Richtung, 89 Delegationen empfing.

Darüber hinaus nahm die VBA an 15 multilateralen und regionalen Foren über Sicherheit, Zusammenarbeit und gemeinsame Forschung teil. „Die aktive militärische Diplomatie trug nicht wenig zu Chinas allgemeiner Diplomatie im Jahre 1999 bei“, heißt es in einem militärischen Kommentar (XNA, 6.1.00).

Militärpolitik fand vor allem gegenüber Nachbarländern statt. 1999 kamen beispielsweise die Verteidigungsminister von Kambodscha, Thailand, Laos, Australien, Südkorea sowie die Armeechefs aus Bangladesch, Pakistan, der Mongolei und Nepal nach China.

Umgekehrt reisten hohe chinesische Militärs ins Ausland, so z.B. der ZK-Militärausschuss-Vorsitzende Zhang Wannian nach Russland und Nordkorea.

Wenn die VBA auch keine eigene Außenpolitik gestalten kann, so zeigt sie doch in allen sicherheitsrelevanten Fragen Präsenz – und fährt da und dort auch die Ellenbogen aus, wenn es gilt, „ureigenste“ Angelegenheiten in diesem Bereich zu vertreten.

Drei Aktivitäten sind hauptsächlich zu erwähnen, nämlich die Delegationsdiplomatie, die 1999 allerdings, im Vergleich etwa zu 1997, bescheidener ausgefallen ist: Damals waren rund 100 VBA-Delegationen in 70 Länder gereist und, in umgekehrter Richtung, über 150 Delegationen aus 67 Ländern nach China gekommen.

Zweitens betreibt die VBA in schwungvollem Stil Außenwirtschaftspolitik und beteiligt sich u.a. auch am internationalen Waffenhandel, wobei vor allem die USA immer wieder auf den „unsensiblen Umgang“ mit hochsensiblen Waffen, wie Raketen, Nukleartechnologie und Hightech-Produkte, an Länder hinweisen, denen aus westlicher Sicht nicht zu trauen sei, angefangen von Libyen und Syrien bis hin zum Irak und zum Iran.

Drittens versucht die VBA vor allem bei sicherheitsrelevanten Absprachen stets ein Wort mitzureden. So beteiligte sie sich beispielsweise in den strategisch bedeutsamen Grenzverhandlungen Chinas mit Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan und arbeitete dabei am Entwurf zweier Epoche machender Dokumente mit, nämlich am „Abkommen über Vertrauensbildung in militärischen Bereichen entlang der Grenzgebiete“ (unterzeichnet im April 1996) und am „Abkommen über den gegenseitigen Abbau militärischer Kräfte entlang der Grenzgebiete“ (April 1997) (weitere Einzelheiten zu diesem Komplex in C.a., 1998/9, S.919-924).

Allgemeine Diplomatie, vertreten durch das Außenministerium, und Militärpolitik laufen selten friedlich nebeneinander her. Häufig kommt es zu Konflikten zwischen beiden Bürokratien, vor allem in der Vietnam-, der Korea- oder der Taiwanpolitik. -we-

2 Eine „Jiang Zemin-Theorie“ im Werden?

Das „Mao Zedong-Denken“ (*Mao Zedong sixiang*) und die „Deng-Theorie“ (*Deng Xiaoping lilun*) könnten auf längere Sicht durch eine *Jiang Zemin lilun* ergänzt werden. Nicht wenige Anzeichen sprechen dafür, dass Jiang Zemin gerne zum Vordenker der „Dritten Führungsgeneration“ werden möchte.

Aus verstreuten Äußerungen, die von Parteitag- und NVK-Reden bis hin zu Äußerungen gegenüber ausländischen Besuchern reichen, lassen sich schon jetzt Grundzüge für eine künftige „Jiang-Theorie“ ableiten:

– Wirtschaft: Während Deng Xiaoping hier vor allem auf das Tempo des Wirtschaftswachstums gedrückt, damit freilich auch eine wachsende Polarisierung zwischen Reich und Arm, zwischen Küste und Hinterland sowie zwischen Stadt und Dorf in Kauf genommen hatte, von der zunehmenden Korruption und vom Nachlassen des Marxismus gar nicht zu reden, scheint Jiang mehr auf Stabilität zu setzen und dafür notfalls auch eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Kauf zu nehmen.

– Politik gegenüber den Staatsbetrieben: Während Deng Xiaoping die Staatsbetriebe, allen Verlusten zum Trotz, doch nach wie vor für unantastbar hielt, hat sich unter Jiang Zemin, vor allem seit dem XV. Parteitag im Jahre 1997, die Überzeugung durchgesetzt, dass die Staatsunternehmen sich, wo immer möglich, in Kapitalgesellschaften umwandeln sollten; auch sollten Partei und Staat nicht unbedingt überall ihren Einfluss auf Betriebe auszuüben versuchen.

– Wissenschaft und Technologie: Für Deng Xiaoping waren „Wissenschaft und Technologie die Hauptkräfte der Produktivität“ in China. Jiang Zemin geht noch ein Stück weiter und möchte „die Nation durch Wissenschaft und Technologie neu beleben“. Vor allem die Erziehung soll dem technologischen Fortschritt noch besser angepasst werden. Bemerkenswerterweise hat sich die Zahl der Hochschulstudenten seit dem Antritt Jiang Zemins als ZK-Generalsekretär im Juni 1989 um mindestens 30% erhöht. Darüber

hinaus sind die Gehälter und die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Personals verbessert worden.

– Außenpolitik: Jiang Zemin ist weitaus häufiger als Deng Xiaoping auf Auslandsreisen gegangen. Außenpolitik spielt deshalb auch in seinem Denken eine größere Rolle – und er ist, was die Stellung Chinas im internationalen System anbelangt, ehrgeiziger als Deng Xiaoping: Während Dings Leitmotiv die Vermeidung einer Konfrontation mit den USA war, ist Jiang zu höherem Risiko bereit – eine Entschlossenheit, die sich vor allem in der chinesischen Kosovo-Politik gezeigt hat, in deren Rahmenwerk China nicht nur seine Zustimmung zu einer UNO-Intervention verweigerte, sondern gleichzeitig ein Bündnis, vor allem mit Russland herstellte, um verstärkt Anti-NATO-Politik betreiben zu können.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des ZK-Militärausschusses (seit November 1989) hat Jiang dafür Sorge getragen, dass die VBA von einer reinen Verteidigungslinie auf eine Strategie umgeschwenkt ist, die zumindest auf „begrenzte Offensive“ hinausläuft. Ganz auf dieser Linie befürwortet Jiang eine Ausrüstung der VBA mit erstklassiger Bewaffnung.

Voller Stolz weist die chinesische „Verteidigungsindustrie“ in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sie 1999, also anlässlich des 50. Jahrestags der VRCh, nicht nur neue Panzer- und Raketentypen, sondern auch das unbemannte Raumschiff *Shenzhou* sowie zahlreiche neue Schiffseinheiten in Dienst gestellt habe (FBIS – CHI, 2.1.00). Groß herausgestellt wurde auch ein Zusammentreffen Jangs mit dem Vater der chinesischen Atombombe, Qian Xuesen, am 8. Dezember (FBIS – CHI, 31.12.99).

Mit Stolz hob Jiang ferner die Ausbildung von Astronauten (nach *Mingbao*, in SWB, 15.12.99) und den weiteren Abschuss von Satelliten (PTI, in SWB, 26.1.00) hervor.

Kurz vor der Jahrtausendwende gab Jiang die Parole aus: „Rüstet euch so weit, dass ihr fähig zum Sieg seid [...] und dass ihr das neue Jahrtausend in

neuer Stärke betreten könnt“ (*Jiefangjunbao*, 29.12.99).

– Was freilich die Taiwanpolitik anbelangt, so hat sich gegenüber den Vorstellungen Dings von „einem China mit zwei verschiedenen Systemen“ wenig geändert. Jiang kann es im innenpolitisch gespaltenen China wohl auch nicht wagen, den Taiwanesen attraktivere Angebote zu machen, als es bereits unter Deng Xiaoping geschehen ist, der ja bekanntlich einem mit China wiedervereinigten Taiwan nicht nur (wie schon bei Hongkong und Macao geschehen) ein eigenes wirtschaftliches und kulturelles System zugehen wollte, sondern darüber hinaus auch noch eine eigene bewaffnete Streitmacht. -we-

3 Die zehn wichtigsten Ereignisse des Jahres 1999 im außen- und sicherheitspolitischen Bereich

Nach Wichtigkeit zählt XNA (XNA, 22.12.99) folgende zehn Top-Ereignisse auf:

- (1) Großparade und militärische Waffenschau der VBA bei der Tiananmen-Feier anlässlich des 50. Gründungstags der VR China am 1. Oktober. Hier seien die militärischen Errungenschaften der kollektiven Führung aus drei Generationen zur Schau gestellt worden.
- (2) Am 15. März verabschiedete der 2. Kongress des IX. NVK Novellierungsbestimmungen zur Verfassung von 1982, die vor allem für eine „Einfügung der Deng Xiaoping-Theorie“ in die Verfassung sorgten.
- (3) 20. Dezember: Heimkehr von Macao ins Mutterland.
- (4) Chinas erstes Raumschiff startete am 20. November und kehrte nach 21 Stunden Raumflug wieder zur Erde zurück. Damit sei ein erster Schritt zur bemannten Raumfahrt getan worden.
- (5) China und die USA unterzeichneten ein bilaterales Handelsabkommen, das – nach 13 Jahren Verhandlungen – den Weg der VRCh in die WTO ebnete.
- (6) 8. Mai: Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch NATO-Raketen.

- (7) 22. Juli: Verbot der *Falungong*.
- (8) 9. Juli: Taiwans Präsident Li Denghui stellt fest, dass es sich bei den Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße um „Staat/Staat“ oder zumindest um „besondere zwischenstaatliche Beziehungen“ handle – eine „Provokation“, die von der VBA militärisch beantwortet worden sei.
- (9) 19.-22. September: 4. Plenum des XV. ZK nimmt eine Resolution über beschleunigte Reformen der Staatsbetriebe an.
- (10) Am 1. Mai begann in Kunming die „Internationale Gartenausstellung“, an der 90 internationale Organisationen teilnahmen. -we-

4 WTO-Beitritt rückt näher. Vorteile und Nachteile der Mitgliedschaft

Nachdem die VR China – und zwar nach immerhin 13 Jahren Verhandlungen – mit den USA Mitte November 1999 ein Handelsabkommen hatte erzielen können, das Chancen auf einen Eintritt Chinas in die WTO eröffnete, wurden nun, Mitte Januar 2000, die Verhandlungen mit der größten Handelsmacht der Welt, der EU, begonnen. Da die Aussichten hier positiv sind, rückt der WTO-Beitritt der VRCh immer näher. Kein Wunder, dass sich die VRCh nun zunehmend auch Gedanken über Vor- und Nachteile macht. In einem Beitrag der *Zhongguo Tongxunshu* aus Hongkong vom 12. Januar werden folgende acht Vor- und vier Nachteile aufgezählt (SWB, 14.1.00). Die Vorteile:

- (1) China profitiert von der internationalen Arbeitsteilung.
- (2) China kann innerhalb der „wirtschaftlichen UNO“ seine ökonomischen Interessen stärker zur Geltung bringen.
- (3) Aufgrund der WTO-Regeln kann China seine wirtschaftlichen Strukturreformen effizienter voranbringen.
- (4) China erhält einen ständigen Meistbegünstigungsstatus.
- (5) Das Umfeld für Investitionen wird standardisiert – und dadurch auch attraktiver für ausländische Anleger.

- (6) Durch die wachsende Konkurrenz werden die chinesischen Unternehmen gezwungen, mehr zu investieren und ihr Management zu verbessern.
- (7) Chinas BIP wird im Gefolge des WTO-Beitrags zwischen 2% und 4% ansteigen.
- (8) Durch den WTO-Beitritt entstehen außerdem schätzungsweise 10 Mio. Arbeitsplätze.

Und die Nachteile?

- (1) Da ist zunächst die Verringerung der makroökonomischen Steuermöglichkeiten durch die chinesische Regierung.
- (2) Da ausländische Produkte stärker in den chinesischen Markt eindringen, werden die nicht wettbewerbsfähigen Hersteller wahrscheinlich Rückschläge hinnehmen müssen, nicht zuletzt auch die chinesische Landwirtschaft.
- (3) Aufgrund des geistigen Eigentums ausländischer Unternehmen steigen die Patentausgaben für chinesische Betriebe.
- (4) Erheblicher Wettbewerbsdruck von Seiten des Auslands wird dafür sorgen, dass chinesische Konkurrenten in der VRCh so manche Position räumen müssen.

Alles in allem fielen die Vorteile jedoch stärker ins Gewicht als die Nachteile.

Die Hauptsorge der westlichen Länder besteht darin, dass China sich wahrscheinlich nur schwer dazu durchringen kann, sich von seiner protektionistischen Vergangenheit zu verabschieden. -we-

5 Multipolarisierung: eine Konkretisierung des Konzepts

In ihrer Ausgabe vom 16.12.1999 (S.7) brachte die RMRB ein Interview mit dem Vorsitzenden der „Abteilung für Internationale Strategie“ innerhalb der „Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften“, Shen Jiru.

Shen legte dort seine – auch von der chinesischen Regierung geteilte – Meinung über drei Fragen, nämlich über „Pole“ und „potenzielle Pole“, über die langsame Entstehung einer multipola-

ren Welt und über Eigenschaften sowie Folgen von Multipolarität ab.

1. „Pole“ und „potenzielle Pole“

Unter „Polen“ (*ji*) sind Machtzentren zu verstehen, die weltweit einen relativ starken Einfluss auf die Bereiche Wirtschaft, Politik, Militärwesen, Wissenschaft und Kultur ausüben.

Allgemein gesprochen kann man gegenwärtig fünf solche Pole (USA, Russland, EU, Japan und China) unterscheiden, die Ende 1999 mit 73,5% am weltweiten BIP beteiligt waren, die außerdem die stärksten militärischen Streitkräfte unterhielten, im wissenschaftlich-technischen Bereich führend waren und die zu den Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats gehörten.

Unter den fünf Polen gab es allerdings nur einen einzigen „vollkommenen Pol“, nämlich die USA, so dass die gegenwärtige Konstellation zutreffender vielleicht mit der Formel „eine Supermacht und mehrere Großmächte“ beschrieben werden könnte.

Bereiche wie Brasilien (in Südamerika), die ASEAN (in Südostasien), Südafrika (innerhalb der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft) oder Indien (in Südasien) sind angesichts wirtschaftlicher Probleme gegenwärtig eher „mögliche Pole“, deren Stärke im 21. Jahrhundert zunehmen, freilich auch wieder abnehmen können.

Soweit die Begriffe.

2. Entstehungsprozesse

Seit dem 16. Jahrhundert hat es immer wieder Hegemonialmächte gegeben, die einander allerdings schnell abgelöst haben, angefangen von Portugal über Spanien und die Niederlande bis hin zu Großbritannien und schließlich den USA, wobei die USA die erste wirklich globale Supermacht sind.

Die Geschichte habe bewiesen, dass es keine ewige Hegemonie gebe, sondern dass hier ein ständiger Stafettenwechsel stattfinde, wobei bisher allerdings immer Kriege den entscheidenden Anstoß gegeben haben – also blutige Ereignisse, wie sie unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts keinesfalls mehr stattfinden sollten.

Die Meinung, dass angesichts der gegenwärtigen Stärke der USA eher von

einer monopolaren als von einer multipolaren Welt gesprochen sein müsste, sei abwegig. Denn erstens gibt es immer noch viele Mächte, die dem Ausdehnungsbestreben der USA bewusst entgegen wirken (dazu gehört u.a. die VR China), und zweitens nehme die Vorrangstellung der USA in *dem* Ausmaße ab, als andere Länder und Allianzen an Stärke gewinnen. Rechne man den Anteil der USA am weltweiten BIP auf das ganze 20. Jahrhundert um, so habe er bei 30% gelegen, sei aber schon 1998 auf 27,4% zurückgegangen und falle bis zum Jahre 2020 auf voraussichtlich 10-15% ab.

Auch der US-Dollar, der die Basis für die Hegemonie der USA abgebe, erhalte neue Konkurrenz, sei es nun durch den Euro, dessen Anteil bis 2020 schon bei 40% der Devisenreserven und -abrechnungen liegen dürfte, oder sei es durch andere Währungen wie z.B. dem RMB Yuan.

Darüber hinaus gehe der Wert des US-Dollar auch wegen der riesigen passiven Handelsbilanz der USA zurück – eine Last, die für 1999 auf rund 300 Milliarden US\$ geschätzt werden könne.

Nicht nur beim BIP und in der Devisenkonkurrenz, sondern auch beim politischen Einfluss nehme die Macht der USA unaufhaltsam ab, sei es nun, dass die anderen Pole an Einfluss hinzugewinnen, oder sei es, dass die UNO am Ende doch noch jenen Stellenwert erhält, der ihr aufgrund ihrer globalen Rolle zukommt.

Allerdings handele es sich hier um einen längerfristigen Prozess, der von Ereignissen, wie z.B. dem Eingriff der NATO in das Kosovo-Geschehen, immer wieder ein Stück zurückgeworfen wurde. Gleichwohl sei der Trend zur Multipolarisierung unaufhaltsam.

3. Was sind die Eigenschaften einer „multipolaren Welt“?

Zunächst einmal sei die multipolare Welt ein Kosmos, in dem es keine Hegemonie mehr gebe, und die als solche übrigens auch für die USA von Vorteil sei, da der Kampf um die Welthegegonie hohe Kosten verursache (man denke an die jahrzehntelange Dauerrivalität zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR) und da ein Nachlassen dieser Rivalität so gleich hohe „Friedensdividenden“ ab-

werfe, wie die jüngste Entwicklung der US-Wirtschaft zeige.

Zweitens besitze die multipolare Welt eine „demokratische Struktur“, weil alle Länder, gleichgültig ob groß oder klein, stark oder schwach, das Recht hätten, sich an den internationalen Angelegenheiten zu beteiligen (über die Tatsache, dass „Pol“-Länder etwas „gleicher“ sein könnten als andere, scheint sich Shen keine weiteren Gedanken zu machen!).

Drittens müssten zu den Eigenschaften einer multipolaren Welt auch noch (a) die Anerkennung von Vielfaltigkeit der internationalen Gemeinschaft, ferner (b) der Wunsch nach Suche und Herstellung gemeinsamer Interessen, (c) die Anwendung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz und (d) die Beendigung des Rüstungswettlaufs gerechnet werden.

An „gemeinsamen Interessen“, deren globale Befolgung auch gegenseitiges Vertrauen herstellen könnte, fehle es ganz gewiss nicht – man denke an das Ringen um eine saubere Umwelt, an den Kampf gegen Drogenhandel sowie gegen internationalen Terrorismus und an Fragen der Nord/Süd- sowie der Süd/Süd-Zusammenarbeit.

Nicht zufällig hat die RMRB dieses Interview am Jahresende 1999 veröffentlicht. Sie wollte mit dieser Publikation – als amtliches Organ der KPCh – offensichtlich den Wunsch zum Ausdruck bringen, dass sich diese chinesischen Visionen von einer *duojihua* („Multipolarisierung“) im 21. Jahrhundert zur Realität verdichten.

Gleich zu Jahresbeginn auch gab der Verlag „Weltwissen“ einen „Grundriss für das Studium des Deng Xiaoping-Denkens über Außenpolitik“ heraus – ein Buch, das von Jiang Zemin persönlich signiert wurde und das in fünf Abschnitten Dengs Vorstellungen zur Außenpolitik der VR China umreißt. -we-

6 Unterstützung für deutsche IWF-Kandidatur

Am 24./25. Januar besuchte Bundesfinanzminister Hans Eichel, und zwar im Anschluss an ein Treffen der G7-Länder in Tokio, auch die VR China.

Dabei warb er für die Zustimmung Chinas zur Kandidatur des deutschen Finanz-Staatssekretärs Caio Koch-Weser für den Posten des Generaldirektors der IWF, der zuletzt 13 Jahre lang von dem Franzosen Michel Camdessus wahrgenommen worden war.

Gegen den deutschen Kandidaten hatte es bis dahin Vorbehalte vor allem aus den USA und aus Frankreich gegeben.

Die VR China sagte ihre Unterstützung für die Kandidatur Koch-Wesers zu, wobei entsprechende Erklärungen von Ministerpräsident Zhu Rongji und vom Notenbankchef der VR China abgegeben wurden. -we-

7 Schwierigkeiten mit vier verschiedenen tibetischen Lamas – und mit Indien

Was China in den nunmehr fast 50 Jahren seit seiner „Rückkehr nach Tibet“ auch immer unternommen hat, bis heute konnte es nicht die Anerkennung – und die Herzen – der tibetischen Bevölkerung gewinnen, zumal der „kulturelle Genozid“, wie er vor allem in den 10 Jahren der Kulturrevolution begangen worden war, durch keine der Wiedergutmachungs- und Wiederaufbauleistungen als „abgegolten“ gilt.

Einer der Hauptgründe für die Ablehnung der VR China durch den Durchschnittstibeter besteht darin, dass die VRCh-Führung immer wieder versucht hat, das religiöse Leben „auf dem Dach der Erde“ zu beeinflussen, sei es, dass sie das Leben der Klöster überwachn lässt, oder sei es, dass sie Lamas der eigenen Wahl einsetzen lässt – von den Übergriffen gegen demonstrierende Mönche, wie sie beispielsweise im Frühjahr 1989, kurz vor dem Tiananmen-Massaker, stattfanden, ganz zu schweigen.

In Verlegenheit gebracht wird die Beijinger Führung auch immer wieder dadurch, dass es nicht nur einen oder zwei, sondern Hunderte von Mönchskönigen in Tibet gibt, die bis zum Beginn der Besetzung durch China nicht nur religiöse, sondern auch wirtschaftliche Macht ausgeübt hatten, und deren Nachfolger jeweils als Inkarnationen „wiederentdeckt“ worden waren.

Die beiden mächtigsten Lamas im alten Tibet waren der Dalai Lama, eine Reinkarnation des Bodhisattva Avalokiteshvara, der im weltberühmten Potala-Palast in Lhasa residierte, sowie der Panschen Lama, eine Reinkarnation des Buddha Amitabha, der im Kloster Tashilumpo (im rund 300 km westlich von Lhasa gelegenen Shigatse) zu Hause war.

Mit beiden Mönchskönigen hatte Beijing in den vergangenen Jahren bereits seine liebe Not gehabt: Der *Dalai Lama* beispielsweise war 1959 nach Indien geflohen und lebt dort im gebirgigen Dharamsala, von wo aus er häufig durch die Welt reist und geschickte Invektiven gegen die Besetzung seiner Heimat durch die VR China vorträgt. Mit keinem anderen Mönchskönig hat Beijing mehr Schwierigkeiten als mit dem Dalai Lama, der den Chinesen allerdings insoweit entgegenkommt, als er (als Voraussetzung für seine Rückkehr) eine echte Autonomisierung Tibets fordert, wie sie ja in der chinesischen Verfassung von 1982 offiziell festgeschrieben sei!

Ärger auch mit dem *Panschen Lama*, der zwar, anders als der Dalai Lama, nicht aus dem Lande geflohen war, um dessen Reinkarnation es allerdings zu weltweit beachtetten Streitigkeiten zwischen der Beijinger Regierung und der tibetischen Exilregierung in Dharamsala gekommen ist: Bekanntlich war der 10. Panschen Lama 1989 verstorben, woraufhin beide Seiten, Beijing und Dharamsala, die Suche nach der Reinkarnation eingeleitet – und am Ende zwei verschiedene Wiedergeburten gefunden hatten. Da die Reinkarnation bestätigt werden muss und da es bei einer solchen Bestätigung keineswegs nur um ein religiöses, sondern – angesichts der säkularistischen Tradition Tibets – um ein höchst säkulares Legitimationsanliegen geht, war Beijing fest entschlossen, seinen eigenen Kandidaten durchzusetzen, koste es, was es wolle, wobei die Ziehung eines Loses aus der „Goldenen Urne“ zum Zentralereignis erhoben wurde, und zwar am 29. November 1995 (Einzelheiten dazu in: C.a., 1997/1, S.24-27).

Auch das neue Jahr 2000 begann mit Peinlichkeiten um einen Mönchskönig, die abermals weltweit Aufsehen erreg-

ten, nämlich mit der Flucht des 14-jährigen *Karmapa Lama* nach Indien.

Der Karmapa Lama hatte seinen Sitz im Kloster Tsurphu, rund 60 km nördlich von Lhasa, am 28. Dezember 1999 heimlich verlassen und war am 5. Januar 2000 in Dharamsala angekommen.

Das Fluchtereignis war für Beijing vor allem aus zwei Gründen besonders unangenehm: Einerseits nämlich hatte die VR China selbst die Ernennung des Knaben im Jahre 1992 zum 17. Karmapa betrieben, und andererseits war der kindliche Mönchskönig ausgerechnet zum Dalai Lama (nach Dharamsala) geflohen, d.h. dem Hauptvertreter jener „Gelbmützen“ (Gelugpa), denen die Karmapa-Kagyupa, d.h. die „Schwarzkmützen“, seit Jahrhunderten feindlich gesonnen waren. Die Karmapa war noch im 17. Jahrhundert die politisch mächtigste Gruppe unter den konkurrierenden Mönchsgruppen gewesen, bis sie dann von der Gelugpa-Schule des Dalai Lama in dieser Rolle abgelöst wurden.

Der 17. Karmapa war die erste führende „Tulku“ (Wiedergeburt), die offiziell von der VRCh-Regierung anerkannt worden war und mit der Beijing offensichtlich besondere Pläne vorhatte: Ist der Karmapa doch bereits mehrere Male zusammen mit dem Pant-schen Lama in der Öffentlichkeit aufgetreten und sollte offensichtlich zu einer Art Rivalen gegen den Dalai Lama im Ausland aufgebaut werden. Noch 1994 war der 17. Karmapa von Jiang Zemin persönlich empfangen worden, und zwar am Nationalfeiertag, also am 1. Oktober. Und nun diese peinliche Flucht – ausgerechnet zum Dalai Lama!

Bezeichnenderweise war auch Gyalwa, der 16. Karmapa (und Vorgänger des jetzigen Mönchskönig), bereits aus Tibet geflohen und hatte sich im Königreich Sikkim niedergelassen, wo er im Kloster Rumtek eine Schar von rund 200.000 Schülern um sich versammelt hatte – viele darunter aus Europa und den USA. Gyalwa war 1981 an Krebs in Chicago gestorben (SCMP, 8.1.00).

Mittlerweile gibt es Schwierigkeiten mit einem vierten Mönchskönig, nämlich mit dem erst zwei Jahre alten *Reting Lama*, der am 16. Januar 2000 inthronisiert wurde, und zwar – wie-

der einmal! – auf Betreiben der VR China. Der Knabe war von Mönchen des Reting-Klosters aus einer Schar von 670 Kandidaten ausgewählt worden, wobei die chinesische Regierung offensichtlich an allen Ecken und Enden Regie geführt hatte.

Die Inthronisierung des 7. Reting erfolgte im „tibetischen Vatikan“, nämlich im Jokhang-Tempel in Lhasa.

Aus zwei Gründen konnten die Vertreter Beijings auch diesmal nicht glücklich werden: Erstens nämlich war das Ereignis der Inthronisation überschattet von der Flucht des Karmapa Lama und, zweitens, meldete der Dalai Lama von Dharamsala aus seinen Protest gegen die Ernennung des Zweijährigen, der ganz gewiss nicht die wahre Wiedergeburt des 1997 verstorbenen 6. Reting Lama sei. Traditionell müsse die Auswahl des Reting Lama noch von einem weiteren geistlichen Führer, i.d.R. dem Dalai Lama, bestätigt werden.

Ob Beijing hofft, den zweijährigen Reting Lama nun zu einem wirklich „patriotischen“ Mönchskönig erziehen zu können?!

Unangenehmerweise ziehen Auseinandersetzungen um die Lama-Frage fast regelmäßig außenpolitische Konsequenzen nach sich, vor allem in dem ohnehin schon mit Problemen überladenen Verhältnis zu Indien.

Auch bei der Flucht des Karmapa stand Delhi wieder einmal vor der Frage, ob es dem prominenten Asylanten Zuflucht gewähren sollte oder nicht: Sollte es m.a.W. an seiner traditionellen Unterstützung für die tibetische Bevölkerung festhalten, oder sollte es mehr auf die Verbesserung seiner Beziehungen zu Beijing achten?

Am 12. Januar wies der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhu Bangzao, darauf hin, dass ein Asyl zugunsten des Karmapa von Beijing als Akt der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der VRCh betrachtet werden könne (dazu SCMP, 13.1.00).

Am Ende setzte sich die seit der Aufnahme des Dalai Lama eingeschlagene Tradition durch. Indien unterstützte hierbei auch die Verbringung des 17-jährigen Mönchskönigs in ein anderes und sichereres Kloster (SCMP, 10.1.00).

Jedes Jahr verlassen rund 3.000 Tibeter ihre Heimat und fliehen nach Indien: Auch sie erhalten in aller Regel Asyl.

Am 20. Januar gab Beijing dem geflohenen Karmapa zu verstehen, dass es seine Rückkehr nach Tibet ohne Sanktionen hinnehmen würde – ein Angebot, das wohl nie akzeptiert wird!

Es ist aber vor allem die indische Öffentlichkeit, die gegen die chinesische Tibet-Politik eingestellt ist. Dies bekam nicht zuletzt Staatspräsident Jiang Zemin zu spüren, als er Anfang Dezember 1996 zu einem Staatsbesuch nach Delhi und nach Khatmandu kam, wo jeweils große antichinesische Kundgebungen stattfanden (dazu C.a., 1997/1, S.24). -we-

8 Kalte Schulter für das pakistanische Militärregime?

Am 12. Oktober 1999 hatte das pakistanische Militär unter Führung von General Musharraf in Islamabad geputsch und die korrupte zivile Regierung von Nawaz Sharif abgesetzt.

Drei Monate später besuchte der Putschgeneral die VR China, wurde dort in allen Ehren empfangen und erhielt von Seiten der chinesischen Führung auch die Versicherung, dass Beijing den Umsturz in Pakistan als eine innere Angelegenheit des Landes betrachte, in die Beijing sich nicht einmischen wolle. Vielmehr werde das Verhältnis nach normalen internationalen Gepflogenheiten weitergeführt (Besuch 17./18.1., XNA, 22.1.00).

China verhielt sich also so, als wäre nichts geschehen.

Und doch hat sich das Verhältnis zu Pakistan in den letzten Monaten abgekühlt. Dies lässt sich allerdings weniger aus den offiziellen Verlautbarungen entnehmen als vielmehr aus offiziellen Erklärungen, in denen heutzutage viele jener Hymnen ausgeklammert werden, die früher auf das beiderseitige Freundschaftsverhältnis gesetzt zu werden pflegten. So ist mittlerweile z.B. zwar von einer „umfassenden Partnerschaft“, nicht aber mehr von Beijings „ältestem und zuverlässigstem Alliierten“ die Rede.

Musharraf wiederholte zwar die altbekannten Formeln vom „pakistanisch-

chinesischen Verhältnis als einem Eckstein der pakistanischen Außenpolitik“ und von China als dem „vertrauensvollsten und engsten Freund“ (XNA, 14.1.00).

Außenamtssprecher Zhu Bangzao wies in seiner Pressekonferenz vom 20. Januar darauf hin, dass aus chinesischer Sicht vor allem der indisch-pakistanische Rüstungswettlauf Sorge bereite. Wörtlich: „China hofft aufrichtig, dass Indien und Pakistan die Resolution 1172 des UNO-Sicherheitsrats wirksam durchführen, um so zu verhüten, dass das Wettrennen weiter eskaliert [...] Wir hoffen, dass die beiden südasiatischen Nachbarn in der Lage sind, ihre Streitigkeiten durch Konsultationen friedlich zu lösen“ (XNA, 19.1.00). Hier zeigte es sich also erneut: Das seit den indisch-pakistanischen Nukleartests im Mai 1998 ausgelöste Misstrauen. Man weiß in Beijing, dass das besondere Wettrennen, das vorher auch schon zu einem Wettlauf beim Raketenbau geführt hatte, in dem Maße weitergeht, in dem die allgemeine indisch-pakistanische Feindschaft sich weiter zuspitzt. Bekanntlich hatte es hier in den vorausgegangenen Wochen erneut Auseinandersetzungen um Kashmir und um die Entführung eines indischen Flugzeugs durch pakistanische Separatisten gegeben.

Bezeichnenderweise hat sich die VR China beim Besuch Musharraf nicht bewegen lassen, noch stärker für Pakistan in der Kashmir-Frage Stellung zu nehmen. Der Pressesprecher hatte lediglich die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass der Streit um Kashmir zwischen beiden Seiten möglichst schnell gelöst werde (XNA, 19.1.00). -we-

9 Das „Nanjing-Massaker“ sorgt erneut für Sand im chinesisch-japanischen Getriebe: Besuch Li Ruihuans

Am 24. Oktober fand im Friedenszentrum von Osaka unter dem Thema „Die größte Lüge des 20. Jahrhunderts“ die Dokumentation des „Nanjing-Massakers“ statt, gegen das vorher bereits chinesische und inner-japanische Proteste eingelegt worden waren.

Kaum ein Historiker in Japan, der das Massaker von Nanjing als solches leugnete. Meist geht es um die Zahl der Opfer, die zwischen 30.000 und 300.000 angegeben wird. Das Tokyoter Kriegsverbrecher-Tribunal war am Ende des Zweiten Weltkriegs auf eine Zahl von 140.000 Todesopfern gekommen.

Schon im Vorfeld des Seminars hatte es aus der VR China Proteste gehandelt. Der Mord an der Nanjinger Bevölkerung könne einfach nicht geleugnet werden. Seien den damaligen Mythen der japanischen Soldateska doch 300.000 chinesische Zivilisten und unbewaffnete Soldaten zum Opfer gefallen (XNA, 24.1.00).

Am 23. Januar hatte es vor dem Friedensmuseum in Osaka einen Umzug von 200 Mitgliedern japanischer rechter Gruppen gegeben, die noch ein Stück weiter gegangen waren als die Konferenz und die das Massaker von 1937 a priori als Lüge bezeichnet hatten (ebd.).

Die Veranstaltung in Osaka hatte auch dadurch nicht verhindert werden können, dass die Nr. 4 in der chinesischen Führung, Li Ruihuan, bei seinem Besuch vom 8.-18. Dezember in Japan mehrere Male vor der Veranstaltung gewarnt hatte.

Beim Besuch Lis waren zwei große Fragen im Vordergrund gestanden, nämlich der beiderseitige Handel und der Fischereistreit.

Was den Handel anbelangt, so ist Japan Chinas wichtigster Handelspartner seit sechs Jahren, während China in der Zwischenzeit zum zweitwichtigsten Partner Japans aufgerückt ist (XNA, 11.12.99). Das 21. Jahrhundert biete hier beste Aussichten, hieß es von beiden Seiten.

Beim Fischereistreit geht es um Fischfangrechte in Zonen, wo sich die beiderseitigen 200 Seemeilen-Zonen überkreuzen. Um den hier entstandenen Streit herunterzufahren, hatten beide Seiten bereits 1997 einen Fischereivertrag geschlossen, der allerdings noch näherer Ausführungsbestimmungen bedarf. Beide Seiten waren sich darin einig, dass die Konsultationen hier beschleunigt weitergeführt werden sollen (*Kyoto*, in SWB, 13.12.99). -we-

10 Russland und China: gemeinsames Raketenabwehrsystem?

Vom 16. bis 18. Januar besuchte der chinesische Verteidigungsminister (und Stellvertretende Vorsitzende des ZK-Militärausschusses) Chi Haotian Russland, und zwar anlässlich einer Vier-Länderreise, die ihn zuerst nach Großbritannien geführt hatte und die anschließend nach Südkorea und die Mongolei weiterging (XNA, 18.1.00).

Hauptgesprächspartner war der russische Verteidigungsminister Igor Sergejew. Beiden Seiten äußerten sich besorgt über amerikanische Pläne, einen Raketenabwehrschild aufzustellen und auch Länder wie Japan sowie Taiwan für den Beitritt zu diesem System zu gewinnen. Hierbei handele es sich um eine „ernsthafte Einmischung in innere Angelegenheiten Chinas“, betonte Chi Haotian (XNA, 19.1.00).

Sollten die Amerikaner wirklich versuchen, den 1972 unterzeichneten ABM-(Anti-Ballistic Missile)-Vertrag zu verlassen, so wäre dies eine überaus ernsthafte Bedrohung des internationalen Friedens, in dessen Gefolge Länder wie Russland und China über angemessene Reaktionen nachzudenken hätten. Die amerikanischen Pläne seien nicht zuletzt deshalb so gefährlich, weil die Pläne zur Errichtung eines Raketenabwehrschildes mit dem Entwurf einer neuen NATO-Strategie einhergingen, d.h. einem Konzept der weltweiten Intervention im Falle sogenannter „Menschenrechts“-Verletzungen.

Ob beide Seiten ebenfalls daran denken könnten, ein gemeinsames Raketenabwehrsystem zu errichten, wurde nicht ausdrücklich betont, erscheint aber eher unwahrscheinlich, und zwar erstens wegen technischer Schwierigkeiten und, zweitens, weil beide Seiten ja wohl kaum vergessen haben, dass sie noch vor wenigen Jahren einander überaus feindselig gegenüber gestanden haben und weil sie sich an sämtlichen Fingern einer Hand ausrechnen können, dass die gegenwärtige „strategische kooperative Partnerschaft“ (*zhanlüe xiezuo huoban guanxi*) nicht ewig andauert.

Immerhin aber wollen beide Seiten, wie während der drei Besuchstage mehrfach hervorgehoben, auf militäri-

schem Gebiet noch enger zusammenarbeiten als bisher.

Auch im Zivilbereich soll die Kooperation verstärkt werden, und zwar bei der gemeinsamen Herstellung von Zivillflugzeugen sowie beim Energiemaschinenbau (XNA, 20.1.00)

Beide Seiten wollen auch beim Bau von Jagdflugzeugen, U-Booten und Fregatten kooperieren. Überdies hat die VBA bisher schon eine Reihe russischer Lizenzen erhalten, so z.B. für den Bau von Kalaschnikow-MPs und zur Montage von 200 modernen SU27-SK-Jagdbombern (in der Industriestadt Shenyang). Außerdem erhält die VBA in Kürze zwei russische Minenleger sowie Schiffe und Antischiffsraketen vom Typ „Moskito“.

In russischen Militärschulen sollen überdies mehr VBA-Angehörige ausgebildet werden.

Chi Haotian traf auch mit dem Präsidentschaftskandidaten Putin zusammen. Dabei bedauerte er, dass Jelzin zurückgetreten sei, und versicherte, dass China die Tschetschenien-Frage als eine ausschließlich innere Angelegenheit Russlands betrachte (FBIS CHI, 19.1.00). -we-

westlicher Regierungen herausgegeben hat. Zuletzt war im September 1999 ein Weißbuch über die Minderheitenpolitik der VR China erschienen (C.a., 1999/9, Ü 12).

Das Weißbuch gliedert sich in sechs Teile und folgt der altbekannten Argumentationslogik der stetigen Entwicklung des Landes durch die parteistaatliche Führung. Im ersten Kapitel „Ein historischer Wendepunkt im Fortschritt der Menschenrechte Chinas“ werden die Errungenschaften der Befreiung der chinesischen Bevölkerung aus Unterdrückung und Armut und des sozialistischen Aufbaus einschließlich der Einsetzung eines volkdemokratischen politischen Systems gewürdigt. Das zweite Kapitel stellt die Verbesserungen im Bereich des „Rechts auf Leben“ (*shengcunquan*) und des „Rechts auf Entwicklung“ (*fazhanquan*) sowie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte heraus. Wie durch umfassendes Datenmaterial untermauert wird, sei das Problem der Armut weitgehend beseitigt, seien die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, sozialer Sicherung und Bildung gedeckt und sei ein stetig steigender Lebensstandard zu verzeichnen.

Auch im Bereich der bürgerlichen und politischen Rechte, die Gegenstand des dritten Kapitels sind, gebe es spürbare Fortschritte. Die politische Partizipation der Bürger sei durch das allgemeine aktive und passive Wahlrecht sichergestellt; besondere Erwähnung findet das System dörflicher Wahlen, das in den vergangenen Jahren schrittweise liberalisiert worden sei. Betont wird ein weiteres Mal der Schutz der in der Verfassung garantierten Meinungs-, Presse-, Versammlungs-, Demonstrations- und anderer persönlicher Freiheiten sowie der religiösen Glaubensfreiheit und des Rechts auf Ausübung „normaler religiöser Aktivitäten“. Fortschritte bei der Einführung eines rechtsstaatlichen Systems werden insbesondere im Justizwesen herausgestellt. Das vierte Kapitel widmet sich gesondert den Rechten von Frauen und Kindern und das fünfte den spezifischen Rechten der ethnischen Minderheiten, wobei die Situation in Xinjiang und Tibet besondere Erwähnung findet.

Im abschließenden Kapitel über die Aussichten der Menschenrechtssituation im kommenden Jahrhundert wird zusammenfassend betont, dass die VR China als „Entwicklungsland des Ostens“ im Menschenrechtsbereich, der nach wie vor verbesserungsfähig sei, andere Prioritäten zu setzen habe als die entwickelten Industrienationen des Westens. Insbesondere wurde noch einmal herausgestellt, dass die „Rechte auf Leben und Entwicklung“ vorrangig vor den politischen und bürgerlichen Rechten gefördert werden müssten und eine schlichte Kopie westlicher Menschenrechtsvorstellungen der Situation des Landes nicht angemessen sei (RMRB, XNA, 18.2.00).

Ein Vergleich mit den beiden in den Jahren 1991 und 1996 vom Staatsrat publizierten Weißbüchern zur allgemeinen Menschenrechtssituation in China macht deutlich, dass die Argumentation sich seither kaum weiterentwickelt hat. Bereits 1991 war der Begriff des „Rechts auf Leben“ geprägt worden, um das westliche, auf politischen und bürgerlichen Rechten fokussierende Menschenrechtsverständnis zu relativieren (C.a., 1991/11, Ü 8). Im Weißbuch von 1996 wurde daran anschließend der Begriff des „Rechts auf Leben und Entwicklung des Volkes“ formuliert, um mit Hinweis auf den Entwicklungslandstatus Chinas einen „Sonderweg“ des Schutzes der Menschenrechte zu begründen („Fortschritte der Menschenrechtsverhältnisse in China“, hg. vom Presseamt des Staatsrats der Volksrepublik China, vollständige deutsche Übersetzung in: *Beijing Rundschau*, Sonderausgabe Januar 1996, S.4-28). Das jüngst vorgelegte Weißbuch geht über diesen konzeptuellen Stand nicht hinaus, sondern wiederholt im Wesentlichen nur die früheren Argumente und Darstellungen.

Inhaltlich lässt der Vergleich eine gewisse Verschiebung der Prioritäten erkennen: So war im Weißbuch von 1996 den Fortschritten im Rechtswesen ein eigenes Kapitel an vorderer Stelle gewidmet, während dieser Bereich im neuen Weißbuch unter die bürgerlichen und politischen Rechte subsumiert und relativ knapp abgehandelt wird. Ein relativ größeres Gewicht erhält demgegenüber der Bereich der Rechte von Frauen und Kindern sowie der Rechte ethnischer Minderheiten.

Innenpolitik

11 Neues Weißbuch über Menschenrechtssituation in China - Signal einer verminderten internationalen Dialogbereitschaft Beijings?

Mitte Februar veröffentlichte das Informationsbüro des Staatsrats ein weiteres Weißbuch über die Menschenrechtssituation mit dem Titel *Fünfzig Jahre Fortschritte der Menschenrechtsverhältnisse in China* (RMRB, 18.2.00, vollständige englische Übersetzung in XNA, 18.2.00). Die jüngste Publikation steht in einer Reihe von Weißbüchern zu allgemeinen und spezifischen Menschenrechtsfragen, die der Staatsrat seit 1991 in Reaktion auf Vorwürfe internationaler Menschenrechtsorganisationen und